

**Zeitschrift:** Nebelspalter : das Humor- und Satire-Magazin  
**Band:** 120 (1994)  
**Heft:** 6

**Artikel:** Joint implementation : gemeinschaftlich umsetzen lassen : St. Florian rettet die Welt  
**Autor:** Raschle, Iwan / Senn, Martin  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-599595>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 15.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

Das lange Schweigen nach Rio ist gebrochen. Die rettende Lösung heisst *joint implementation*, zu deutsch: «gemeinschaftliche Umsetzung», und stammt aus Deutschland.

Was wollen uns Politiker und Wissenschaftler damit sagen? Die Botschaft ist einfach: Nur wenn wir gemeinsam am gleichen Strick ziehen, werden wir's schaffen. Das war uns zwar schon vor dem Erdgipfel in Rio de Janeiro klar, nun aber ist aus dieser Binsenwahrheit eine offizielle Strategie geworden: Amerika, Neuseeland, Australien und Norwegen setzen auf das Gemeinsame und sagen der Umweltzerstörung den Kampf an. Andere Staaten, darunter auch die Schweiz, werden sich dem Projekt anschliessen, sobald die genaue Rendite feststeht. Klar ist bis heute nur eines: Effizienter und gewinnträchtiger lässt sich Umweltschutz nicht betreiben!

**Dort sparen, wo es billiger ist**

Und so funktioniert die neue Wunderstrategie: Wer Klimaschutzmassnahmen in Entwicklungsländern realisiert, muss im eigenen Land weniger einsparen. Baut beispielsweise die Schweiz in Indien energieeff-

«Es ist eine ökonomische Selbstverständlichkeit, dass die notwendigen Emissions-Reduktionen dort stattfinden, wo sie am kostengünstigsten realisiert werden können»

**«Bei uns wird genug für die Umwelt getan»**

Während Kritiker dieses System als «Öko-Kolonialismus» bezeichnen, befürworten führende Industrienationen den neuen pragmatischen Einsatz in der Umweltpolitik. «Endlich geht es um die Sache», schwärmt Kurt Staudacher von der Schweizerischen Gesellschaft für Industrie, Gewerbe und Profitmaximierung (GIGPF). Staudacher ist davon überzeugt, «dass bei uns genug getan wird in Sachen Umweltschutz». Jetzt seien «die anderen dran». Weil den Entwicklungsländern aber weder Geld noch Know-how zur Verfügung stünden, müsse die westliche Industrie in ärmere Länder expandieren: «Erst wenn wir alle auf demselben Level sind, können wir über allgemeinverbindliche Sparmassnahmen diskutieren», betont Staudacher.

Begeistert von der neuen Perspektive in der Umweltpolitik, die gleichzeitig Entwicklungshilfe ist, sind auch andere Exponenten der Wirtschaft. «Der Bundesrat muss sich diesem Pro-

Für die hiesige Wirtschaft ist *joint implementation* in der Tat das Geschäft des Jahrhunderts. Was bei uns längst veraltet ist, wird von den Entwicklungsländern gerne als modernste Lösung angenommen und verzinnt. Den Vorwurf, einen ökologischen Kolonialismus zu etablieren, weist Wirtschaftsvertreter Staudacher zurück: «Ich sehe nicht ein, was daran schlecht sein soll. Wir stützen unsere Wirtschaft und sparen gleichzeitig Energie, schützen also die Umwelt.» Das sehen auch die Amerikaner so, die sich noch unter Präsident Bush gegen die Sparziele des Erdgipfels aussprachen. Dies mit dem Argument, Amerika müsse zuerst zu wirtschaftlicher Gesundheit finden, bevor die Umwelt saniert werde. Clinton unterstützt nun die CO<sub>2</sub>-Reduktion, setzt aber voll auf die gemeinschaftliche Umsetzung der Ziele. Die Motivation ist klar: Die amerikanische Industrie verspricht sich von dieser Strategie Aufträge für neue Kraftwerke und Energiespartechiken. Techniken, deren Gesteungskosten in Drittweltländern bedeutend geringer sind als im Heimatland, wo es ohnehin schwierig ist, das Volk zum Sparen zu bewegen.

Dank *joint implementation* können die Industrieländer aufatmen, denn nun müssen sie

*Joint implementation: Gemeinschaftlich umsetzen lassen*

# St. Florian rettet

fizientere Produktionsanlagen, muss sie im eigenen Land weniger Energie einsparen. Vorteil dieser Methode: Sparmassnahmen in der dritten Welt sind mit weit weniger Geld zu realisieren und verhelfen der hiesigen Industrie erst noch zu Aufträgen. Das Motto heisst also: Aufschwung Nord-West dank Umweltschutz Süd-Ost. Dazu Dieter Schmitt, Hochschullehrer für Energiewirtschaft an der Gesamthochschule Essen, zitiert in der *Zeit* vom 14. Januar 1994:

jekt unbedingt anschliessen», heisst es beim Vorort, und die Schweizerische Bankiervereinigung verspricht sogar Kredite in bislang unbekanntem Ausmass: «Wir unterstützen diese Sache im Rahmen unserer Möglichkeiten und sind gerne bereit, eine Zinsreduktion auf solchen Krediten zu gewähren.» Das grosszügige Angebot der Banken: Öko-Investitionen in Entwicklungsländern sollen höchstens zu 15 Prozent verzinnt werden müssen.

nicht mehr das eigene Volk zur Reduktion des CO<sub>2</sub>-Ausstosses verkneuen, sondern können die vorgeschriebene Menge in Indien oder anderswo weit einfacher einsparen. Dazu Staudacher: «Natürlich verbrauchen wir im Westen 80 Prozent der gesamten Energie, doch bergen die verbleibenden 20 Prozent ein derart grosses Sparpotential, dass es unsinnig wäre, zuerst bei uns zu sparen.» Den Menschen in der dritten Welt falle das zudem gar nicht so schwer, wie die Ent-



# die Welt

wicklungshelfer immer betonen: «Die haben ja noch gar nie im Überfluss gelebt.»

## Alle Probleme können so gelöst werden

Gemeinschaftlich umsetzen lassen sich nicht nur umweltpolitische Projekte, auf diese Art müssten «alle Probleme unserer Zeit gelöst werden», sind westliche Wissenschaftler und Politiker überzeugt. Ihnen schwebt Grosses vor: Die dritte Welt könnte zum eigentlichen

Werk-, Test- und Entsorgungsort des Westens werden.

Entsprechende Pläne und Vorstösse, die in diese Richtung zeigen, existieren auch in der Schweiz: Die Idee, Gefängnisse in den Herkunftsländern krimineller Ausländer zu errichten, könnte beispielsweise dahingehend abgeändert werden, dass Straffällige generell ins Ausland abgeschoben werden – auch Schweizer. Nach Indien verlagern liesse sich ebenfalls die Drogenszene, alte Autos verschie-

ben wir schliesslich auch dorthin, und Glasabfälle könnten an Eingeborene in Afrika oder Südamerika abgegeben werden.

*Joint implementation* könnte die schweizerische Politik von einigen längst festgefahrenen Diskussionen befreien. Da die gemeinschaftliche Umsetzung im eigenen Land an den Instrumenten der direkten Demokratie scheitert, soll sie dort stattfinden, wo Menschen freiwillig mitmachen, um sich den Lebensunterhalt zu verdienen. Als

Beispiel dient hier der Streit um die Lagerung radioaktiver Abfälle: Seit Jahren kämpft die Nagra um einen Lagerstandort und scheitert immer am Widerstand der Bevölkerung. Daran, dass die Schweizer kein Verständnis für den Bundesrat aufbringen, der Gesamtinteressen wahrnehmen müsse, wie Bundesrat Ogi kürzlich den Nidwaldnern erklärt hat. Aus diesem Grund plant der Bundesrat, das Beschwerderecht der direkt Betroffenen einzuschränken.

## Ökonomie und Ökologie werden eins

Einfach ist das nicht durchzusetzen, denn demokratische Grundrechte lassen sich die Schweizerinnen und Schweizer nicht widerstandslos aus der Hand nehmen. Deshalb wird sich auch die Nagra früher oder später aufs Ausland konzentrieren müssen. Gerade heikle Projekte lassen sich dort viel besser gemeinsam umsetzen. Wieso also den radioaktiven Müll nicht gleich in Angola von Eingeborenen vergraben lassen? Kostengünstiger wäre es auf jeden Fall, und politischen Widerstand hätten die schweizerischen Ingenieure kaum zu fürchten. Überhaupt könnte das gesamte Abfallproblem gemeinsam mit und in Entwicklungsländern umgesetzt werden. Die gesamte Abfallmenge könnte – ungetrennt – in den Süden geflogen und dort abgeworfen werden. Organische Abfälle könnten von Einheimischen aussortiert werden. «Unsere Abfälle», sind Buwal-Fachleute überzeugt, «enthalten zum Teil noch verwendbare Nahrungsmittel, der Rest könnte kompostiert und zur Wiederaufforstung der Regenwälder und zur Begrünung der Wüste verwendet werden».

Ein wirklich gemeinsam umgesetzter Umweltschutz, der effizient zur Stopfung des Ozonlochs beitragen würde, ohne die Wirtschaft der wichtigen Länder zu schädigen! *Joint implementation* lehrt uns: Ökologie und Ökonomie müssen sich nicht ausschliessen, sondern können gemeinschaftlich umgesetzt werden – zum Wohl aller!